

Antrag

**des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

Aufschub der Zustimmung der Bundesregierung zur Fusion der Kali und Salz AG und der Mitteldeutschen Kali AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Zustimmung zur geplanten Fusion der Kali und Salz AG (K+S) und der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) erst erfolgt, wenn von beiden Firmen unzweifelhaft belegt wird, daß die Fusion in dieser Form ökonomisch, ökologisch und sozial vertretbar und allen anderen möglichen Varianten vorzuziehen ist.

Bonn, den 3. Februar 1993

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Bisher war es auch in der Bundesrepublik Deutschland üblich, Kalisalze dort aufzuarbeiten, wo sie lagern. Im Rahmen der Fusion sollen die mineralisch wertvollen Kalisalze aus Thüringen mit Hilfe eines bergbautechnologisch nicht unbedenklichen Untertageverbundes nach Hessen verbracht und dort verarbeitet werden. Die dafür von K+S geäußerten ökonomischen Begründungen erscheinen nicht stichhaltig. Eine Offenlegung der für eine realistische Einschätzung notwendigen betriebswirtschaftlichen Daten ist bisher nur von MdK erfolgt. Die Sanierung der Fabrik Merkers, die bereits heute über wichtige technologische und personelle Voraussetzungen für die Kaliproduktion verfügt, im Rahmen der von der Treuhandanstalt zur Verfügung gestellten 1,2 Mrd. DM ist zumindest verantwortungsvoll zu prüfen.

Bei einer Fusion in der bisher geplanten Form werden die Interessen beider Seiten nicht gleichberechtigt berücksichtigt. In den letzten beiden Jahren wurden im Bereich MdK bereits umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen mit erheblichem Personalabbau durchgeführt, die bei den Fusionsverhandlungen offensichtlich keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt haben.

